



TEILHABEMANAGEMENT
HALLE (SAALE) - ZUGANG FÜR ALLE

hallesaale
HÄNDELSTADT



Bürgerbefragung 2022

Leben in Halle für Menschen mit und ohne Behinderung

Das Örtliche Teilhabemanagement wird gefördert von



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION
ESF
Europäischer
Sozialfonds

Inhalt

1. Vorbemerkungen	2
2. Auswertung der Sozialdaten	3
3. Auswertung nach Handlungsfeldern	5
3.1 Handlungsfeld Kultur und Freizeit	5
3.2 Handlungsfeld Wohnen.....	7
3.3 Handlungsfeld Mobilität.....	9
3.4 Handlungsfeld Kita, Bildung und Weiterbildung.....	11
3.5 Handlungsfeld Ämter und Behörden	13
3.6 Handlungsfeld politische Teilhabe und Bürgerbeteiligung	15
3.7 Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung	18
4. Fazit	19

1. Vorbemerkungen

Die Befragung „Leben in Halle für Menschen mit und ohne Behinderung“ wurde mit dem Befragungstool „LimeSurvey“ als barrierearme Online-Umfrage durchgeführt. Die Umfrage lief im Zeitraum vom 30.04.2022 bis 15.06.2022 auf der Plattform von LimeSurvey. Der Zugang zur Umfrage erfolgte über die Projektwebseite des Örtlichen Teilhabemanagements www.teilhaben-halle.de oder über einen elektronisch versandten Deeplink zur Befragung.

Die Entwicklung, Erstellung und Auswertung der Umfrage oblag dem Örtlichen Teilhabemanagement der Stadt Halle (Saale) und erfolgte in enger Abstimmung mit dem Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung und dem Behindertenbeirat der Stadt. Ziel der Befragung war es, Handlungsansätze für die Maßnahmenplanung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Stadt Halle (Saale) zu ermitteln. Die Ergebnisse der Befragung und mögliche Maßnahmen sollen in verschiedenen Beteiligungsformaten vorgestellt und diskutiert werden, denn die Bürgerinnen und Bürger sind Expertinnen und Experten ihres Alltags und können so wichtige Impulse für die Entscheidungen der Stadtverwaltung und des Stadtrats liefern.

Neben der Auswertung der Sozialdaten gibt es eine Auswertung nach Handlungsfeldern, welche aus einem quantitativen und einem qualitativen Teil besteht. Die Liste der Ergebnisse (Kategorien) soll als Diskussionsgrundlage für konkrete Maßnahmen dienen, welche letztendlich in einem Maßnahmenplan, dem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Stadt Halle (Saale), festgehalten und im Zeitraum 2023 bis 2028 umgesetzt werden.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss vom 28.09.2022 wurde die Stadtverwaltung beauftragt, einen entsprechenden Aktionsplan vorzulegen. Innerhalb der Stadtverwaltung wurde das Örtliche Teilhabemanagement mit der Erarbeitung und Koordinierung betraut. Im Rahmen dieser Vorbereitungen wurde unter anderem eine Projektgruppe zur Koordination der Maßnahmenentwicklung aus Vertretern aller Geschäftsbereiche der Verwaltung und der Beteiligungen gebildet, die als Ansprechpartner für den Bereich Inklusion dienen.

Die Untersuchung erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität, liefert jedoch ein interessantes Stimmungsbild sowie viele qualifizierte Bedarfe der Bevölkerung in einer Momentaufnahme aus dem Jahr 2022.

2. Auswertung der Sozialdaten

An der Befragung beteiligten sich 202 Bürgerinnen und Bürger. Davon gaben 85 % (n=171) an, in Halle zu wohnen. Weitere 15 % der befragten Personen kommen nicht aus Halle (n=16) oder machten keine Angaben (n=15). Der Großteil der Befragten befindet sich mit 31,19 % in der Altersspanne zwischen 36 und 50 Jahren, gefolgt von der Altersgruppe der 51 bis 65-jährigen mit 25,25 %.

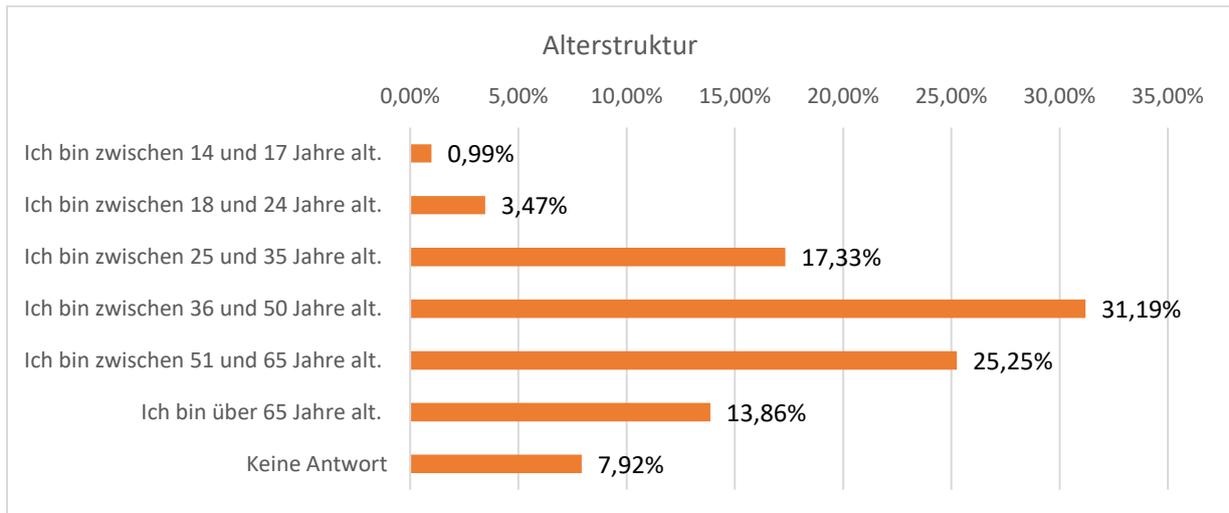


Abbildung 1: Umfrage-Teilnehmende nach Altersgruppen (N=202)

Von den Personen, welche befragt wurden, gaben 35 % (n=71) an, männlichen Geschlechts zu sein, 53 % (n=107) waren weiblich. 1 % gab das Geschlechtsmerkmal divers an. 11 % machten keine Angaben zum Geschlecht.

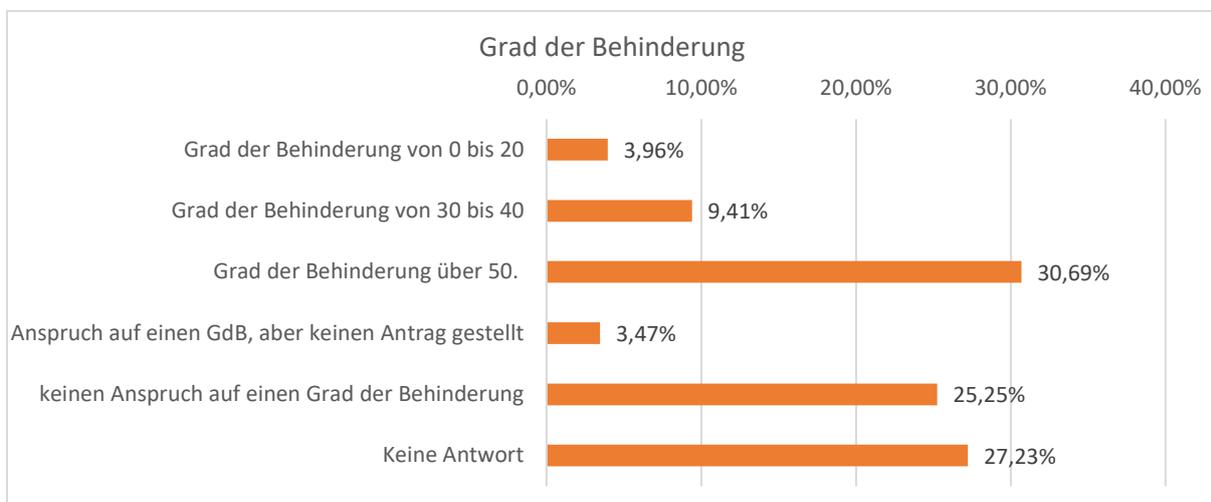


Abbildung 2: Umfrage-Teilnehmende nach Grad der Behinderung

Circa 4 % Prozent der befragten Personen gab an, einen Grad der Behinderung zwischen 0 und 20 zu besitzen. Weitere über 9 % haben einen Behinderungsgrad von 30 bis 40. Ein überwiegender Teil von fast 31 % hat einen Grad der Behinderung von über 50 und somit eine Schwerbehinderung. Allerdings beantworteten auch 27,23 % die Frage nicht. Auf die Frage nach der Art der Behinderung, antworteten 29,21 % mit chronischer Erkrankung als Ursache, gefolgt von 25,25 % mit körperlicher Behinderung als zweithäufigste Angabe. Eine Sinnesbehinderung wird in etwa 15 % der Fälle angegeben.

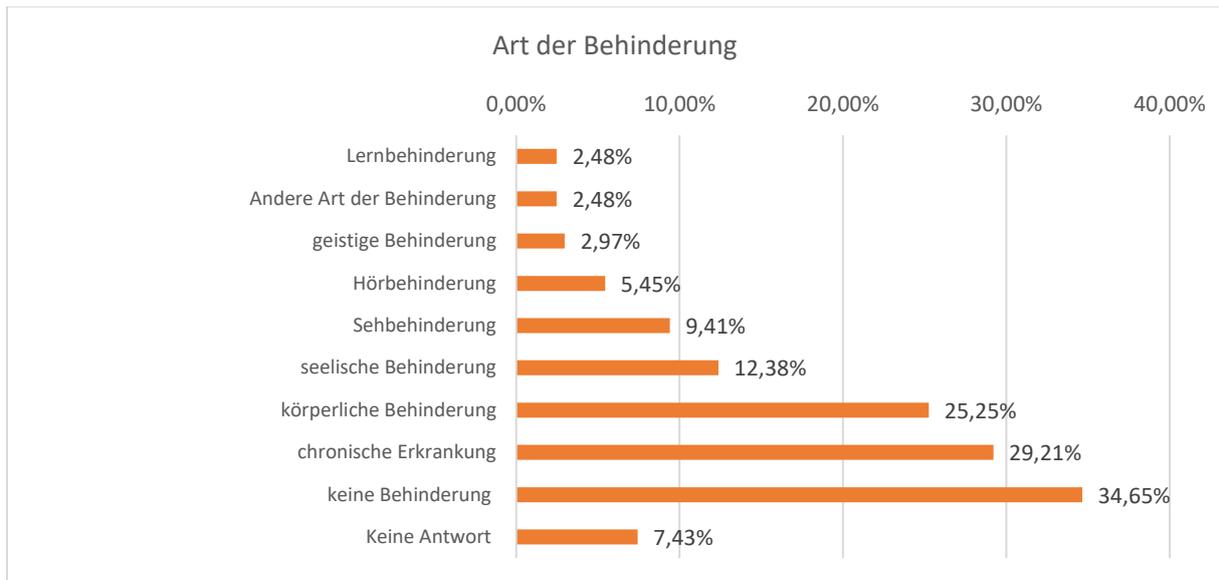


Abbildung 3: Umfrage-Teilnehmende nach Art der Behinderung (N=202)

3. Auswertung nach Handlungsfeldern

3.1 Handlungsfeld Kultur und Freizeit

Nur knapp 5 % gaben an, mit dem Kulturangebot nicht zufrieden zu sein. Allerdings sind auch ganze 47,52 % der befragten Personen nur teilweise mit dem Angebot zufrieden. Dies kann möglicherweise daran liegen, dass ein erheblicher Teil der Umfrage-Teilnehmenden die Angebote entweder nur teilweise (41,09 %) oder gar nicht barrierefrei (14,85 %) nutzen kann.

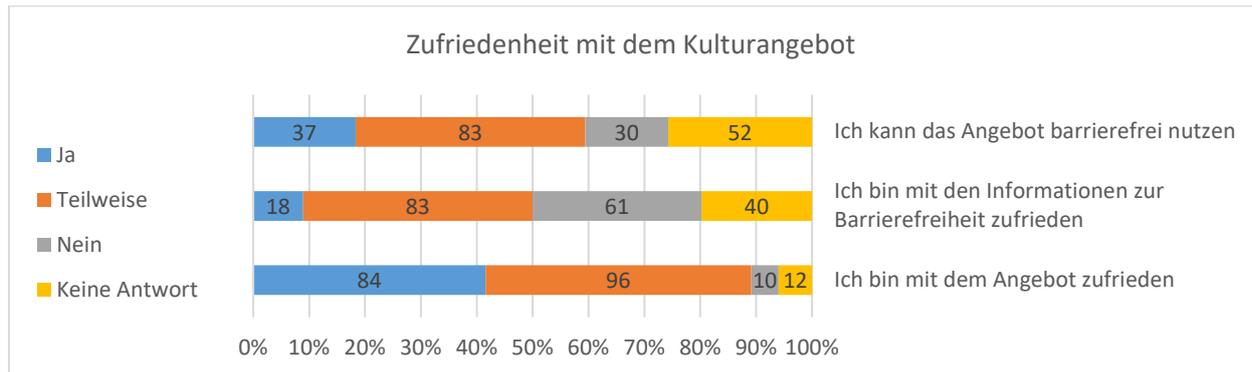


Abbildung 4: Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem kulturellen Angebot (N=202)

Ein differenzierter Blick auf die Gruppe der Menschen mit Schwerbehinderung zeigt, dass nur 14 % der Umfrage-Teilnehmenden das Kulturangebot barrierefrei nutzen kann. Mehr als die Hälfte kann das Angebot nur teilweise barrierefrei nutzen. Fast ein Viertel dieses Personenkreises kann das Angebot gar nicht nutzen. In der Folgefrage, wie die Angebote besser genutzt werden können, wurden schwerpunktmäßig bessere Informations- und Orientierungsmöglichkeiten genannt. Aber auch eine bessere Erreichbarkeit, die Parkplatzsituation oder das Thema Sicherheit spielen für einen überwiegenden Teil der befragten Bürgerinnen und Bürger eine Rolle.

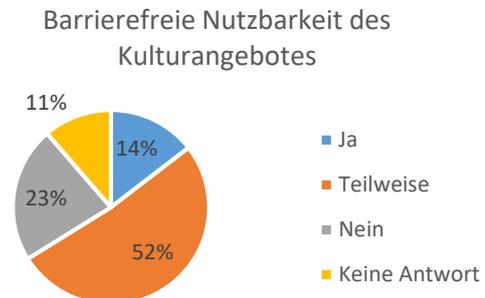


Abbildung 5: Nutzbarkeit des Kulturangebotes in der Gruppe der schwerbehinderten Menschen (GdB ab 50)

Dies spiegelt sich auch in der Beantwortung der offenen Frage zum Thema Kultur und Freizeit wider, auf die 78 Personen eine Rückmeldung gegeben haben.

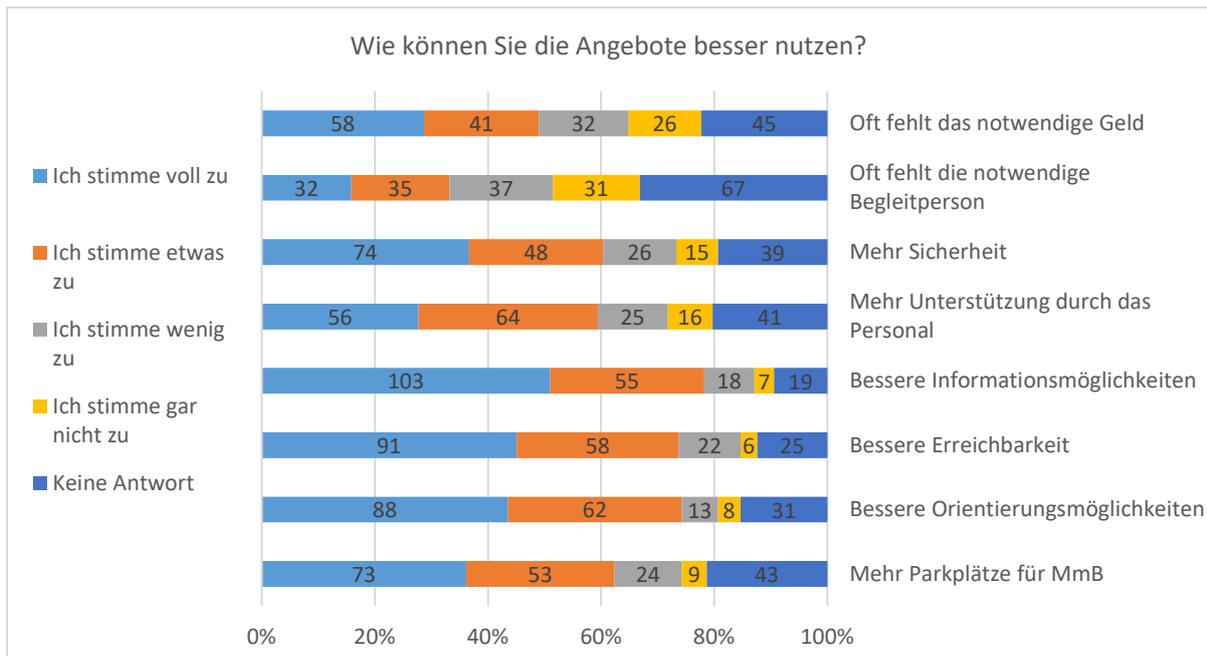


Abbildung 6: Bessere Nutzbarkeit der Kulturangebote durch die Bevölkerung

Eine Vielzahl von Menschen gab an, dass sie mehr räumliche Zugangsmöglichkeiten brauchen. Des Weiteren wurden kommunikative Barrieren benannt. Häufig wurde ein Unterstützungsbedarf durch Deutsche Gebärdensprache, Hörschleifen, visuelle Informationsalternativen, Leitsysteme oder Informationen in Leichter Sprache kommuniziert. Für eine gute Orientierung wünschen sich viele Befragte, dass es taktile, visuelle oder auditive Leitsysteme in und an den Kulturstätten gibt. Sehr häufig wurden auch die Kosten für Kulturangebote erwähnt. Stark vertreten war der Wunsch nach kostenfreien oder zumindest preiswerteren Angeboten. Des Weiteren nahm der Bedarf an barrierefreien öffentlichen Toiletten einen hohen Stellenwert ein. Viele gaben an, dass es eine Mangel an diesem Angebot gibt.

In der qualitativen Auswertung der offenen Frage zum Thema Kultur und Freizeit konnten somit folgende Kategorien für mögliche Maßnahmen herausgearbeitet werden:

- Räumliche Barrieren
- Öffentliche, barrierefreie Toiletten
- Kommunikative Barrieren
 - Deutsche Gebärdensprache
 - Verständlichkeit und Leichte Sprache
 - Hörschleifen
 - Untertitelung
- Erreichbarkeit der Kulturstätten über Straßen, Gehwege, Parkmöglichkeiten
- Orientierung und Leitsysteme in den Kulturstätten
- Assistenz

Tabelle 1: Auswahl der Rückmeldungen aus der offenen Frage

<p>„In keiner Kultureinrichtung, auch nicht in Kinos und Kirchen gibt es Hörschleifen“</p> <p>„Schön wären auch regelmäßige Führungen oder Veranstaltungen im Kulturbereich mit Gebärdensprachdolmetscher. Untertitel zu Filmvorführungen und im Kino.“</p> <p>„Es fehlen auch noch immer an vielen Orten Leitsysteme für blinde und auch für taube Menschen“</p> <p>„Wenn der Eintrittspreis zu hoch ist, überlege ich was wichtiger ist, Essen oder die Veranstaltung. Und im Moment hat Essen die größer(sic.) Priorität. Was leider oft sehr schade ist.“</p> <p>„Toiletten mit Wickelmöglichkeit für Erwachsene. Toiletten in der Stadt/öffentliche Plätze sind oft nicht barrierefrei zu erreichen. Dazu zählt auch schlechte Beleuchtung.“</p> <p>„Mir fehlt eine gute Einkaufsbegleitung. ich möchte gerne viel selbstständiger sein und mir fehlt die Begleitung“</p> <p>„Es fehlen leider auch öffentliche Toiletten, es sind viel zu wenige.“</p>
--

3.2 Handlungsfeld Wohnen

In der persönlichen Einschätzung ihrer Wohnsituation gaben über 62 % der befragten Personen an, mit ihrer Wohnung zufrieden zu sein. Über 22 % der Personen gaben an, dass sie in einer barrierefreien bzw. angepassten Wohnung leben. Etwa 38 % haben eine Beeinträchtigung, die sich nicht auf ihre Wohnbedürfnisse auswirkt.

Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot sind jedoch nur 10,89 % der befragten Personen davon überzeugt, dass es genug bezahlbaren Wohnraum gibt. Noch weniger gaben an, dass es genug barrierefreien Wohnraum gibt. Hier handelt es sich um lediglich 3,47 %.

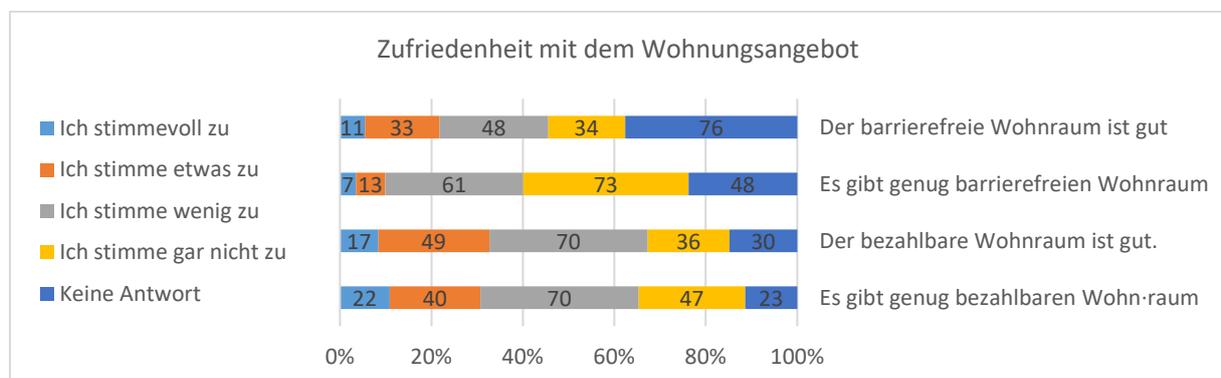


Abbildung 7: Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot in der Bevölkerung (N=202)

In der qualitativen Auswertung kamen auch noch andere Bereiche zum Tragen. Auf die offene Frage antworteten 59 Personen. Ein nicht unerheblicher Teil der befragten Personen gab an, dass sie sich eine bessere Durchmischung der Bevölkerung in den Stadtteilen wünschen. So stellten sie fest, dass es bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum oft nur in Problemvierteln gibt. Ferner wird in den Aussagen gefordert, dass es eine zentrale Stelle in der Stadt gibt, welche zu den Wohnbelangen von Menschen mit Beeinträchtigung berät. Einige wiesen auch darauf hin, dass es keine sicheren Abstellmöglichkeiten für Hilfsmittel (z.B. Rollstühle) im Wohnumfeld gibt.

In der qualitativen Auswertung der offenen Frage zum Handlungsfeld Wohnen konnten schließlich folgende Kategorien für mögliche Maßnahmen herausgearbeitet werden:

- Bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum
- Barrierefreiheit bei Wohnungsneu- und -umbau
- Risiko der Ghettoisierung verhindern
- Wohnberatung
- Abstellplätze für Hilfsmittel

Tabelle 2: Auswahl der Rückmeldungen aus der offenen Frage

„Warum sind Wohnungen für Familien mit Kindern mit Behinderung so teuer, oder in unsicheren Gegenden?“

„[...] wirklich barrierefreie Wohnungen sind selten und dann meistens teurer als vergleichbarer anderer Wohnraum.“

„Zentraler Ansprechpartner in der Stadtverwaltung zur Unterstützung“

„Bei den Wohnangeboten vermisse ich die Kombination Wohnung und Abstellmöglichkeit Rollstuhl/Rollator sowie Parkstellfläche PKW.“

„[...] eine Anlaufstelle für alle Wohnbelange mit barrierefreien Zugängen“

3.3 Handlungsfeld Mobilität

Das am häufigsten genutzte Verkehrsmittel im Stadtbereich ist die Straßenbahn. 63,86 % (n=129) der befragten Personen nutzen täglich die Straßenbahn, gefolgt vom eigenen Auto als zweithäufigstes Verkehrsmittel. Etwas seltener, aber dennoch im signifikanten Bereich, werden die Verkehrsmittel Bus (23,27 %; n=47) und S-Bahn (20,79 %; n=42) benutzt.

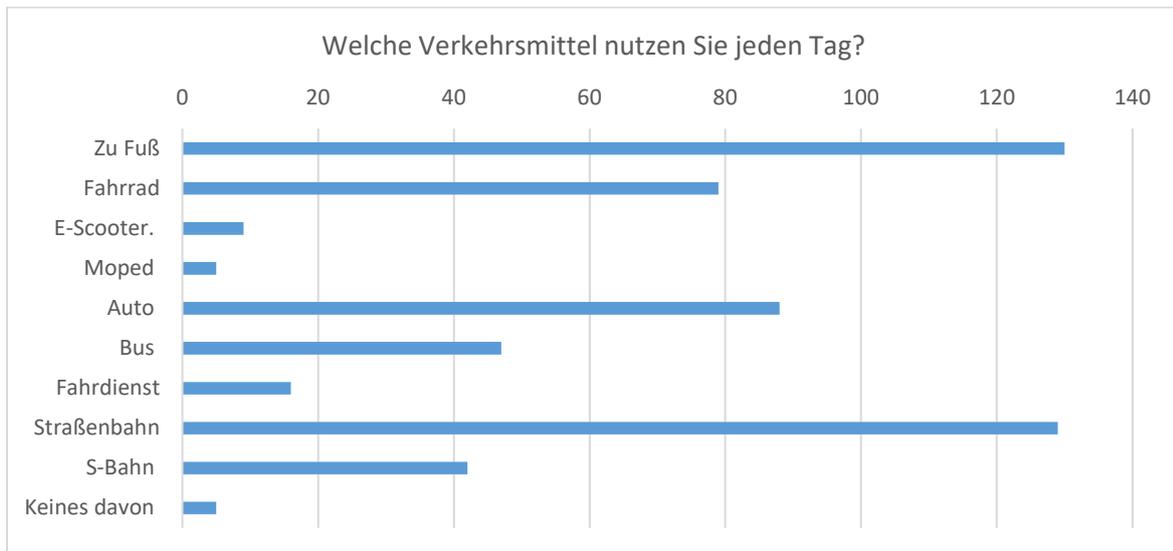


Abbildung 8: Verkehrsmittelnutzung durch die Bevölkerung (N=202; Mehrfachnennung war möglich)

Dennoch ist ein großer Teil von 48 % der befragten Personen nur teilweise mit dem Angebot des Nahverkehrs zufrieden. Weitere 12 % sind gänzlich unzufrieden mit dem Nahverkehr. So gibt der überwiegende Teil der Befragten an, dass sie sich mehr Orientierung, eine bessere Erreichbarkeit und mehr Sicherheit wünscht. In einzelnen Fällen werden Begleitpersonen benötigt, um die Verkehrsmittel besser zu nutzen. Viele Menschen wünschen sich mehr Sicherheit.

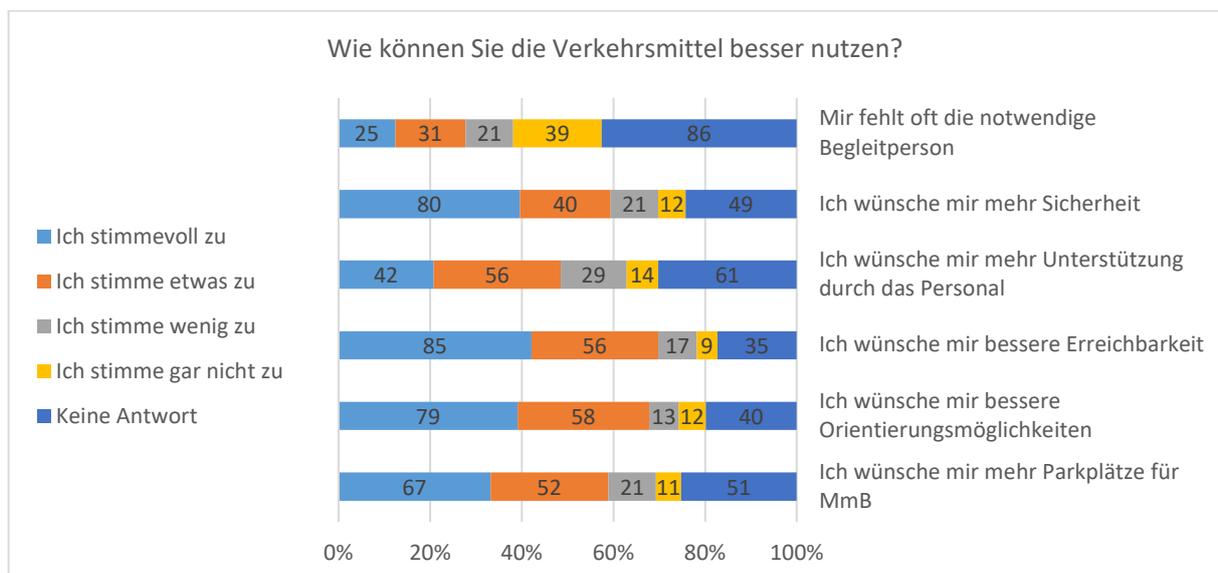


Abbildung 9: Bessere Nutzbarkeit der öffentlichen Verkehrsmittel durch die Bevölkerung (N=202)

Aus der qualitativen Analyse der offenen Frage mit 59 Antworten geht hervor, dass sich sehr viele Kundinnen und Kunden des Nahverkehrs eine höhere Taktung der Straßenbahnen in Stoßzeiten wünschen. In diesem Zusammenhang werden auch oft bessere Anschlussmöglichkeiten und Zeitplanungen für Umsteigezeiten aufgeführt. Ein häufig wiederkehrendes Thema in den offenen Antworten ist die allgemeine Barrierefreiheit der Haltestellen und Fahrgastinformationen. Ein weiterer großer Teil bemängelt die ständig steigenden Fahrtkosten bzw. ist davon überzeugt, dass das Fahren mit dem ÖPNV kostengünstiger angeboten werden muss. Vereinzelt wünschen sich die Nutzenden rücksichtsvolleres Personal und Mitfahrende.

In der qualitativen Auswertung der offenen Frage konnten folgende Kategorien für mögliche Maßnahmen herausgearbeitet werden:

- Sensibilisierung von Personal und Kunden
- Ticketpreise
- Taktung der Bahnen
- Barrierefreiheit der Haltestellen
- (barrierefreie) Fahrgastinformationen
- Anschlüsse und Umsteigezeiten
- Haltestellenmöblierung
- Nahverkehrsanschluss ländliche Gebiete
- Sensibilisierung der Kunden für Fahrgäste mit Behinderung

Tabelle 3: Auswahl der Rückmeldungen aus der offenen Frage

„Rollstuhlgerechte Einstiegsmöglichkeiten sind Mangelware, Personal ist oft genervt, wenn man nicht schnell genug in und aus der Bahn kommt.“

„Zu teuer, zu unzuverlässig durch Überlastung in den Stoßzeiten, zu geringer Takt gemessen an der Nachfrage v.a. im Berufsverkehr, abends und an WE/FT“

„Die restlichen Haltestellen barrierefrei bauen“

„Flyer in Leichter Sprache seitens der HAVAG“

„[...] wenn schon die Haltestellen mit sich anpassende[n] Anzeigetafeln mit Lautsprechern ausgestattet werden, sollten letztere auch zur Fahrgastinformation genutzt werden!“

„Die Umsteigepunkte noch besser kombinieren. Umsteigezeiten verlängern und gleichzeitig Wartezeiten verkürzen.“

„Viele Mitfahrende sehen nicht ein, die Rollstuhl- und Kinderwagenplätze freizuhalten. Da fehlen Kontrollen und entsprechende Aufklärung/Sensibilisierung.“

3.4 Handlungsfeld Kita, Bildung und Weiterbildung

Aus den Antworten zu Kita und zur inklusiven Bildung an Schulen konnten leider keine validierbaren Ergebnisse gewonnen werden, da sich zu wenig Eltern von Kindern mit Behinderung an der Umfrage beteiligt haben. Es konnten somit nur aus der qualitativen Analyse Erkenntnisse gezogen werden (s. u.).

Auf die Frage, ob die Umfrage-Teilnehmenden bereits Kurse an der Volkshochschule besucht haben, bestätigten dies gut 38 % mit einem „Ja“. Allerdings kennen nur etwa 24 % das vollständige Kursprogramm und 28 % kennen es teilweise. Gleichzeitig geben nur knapp 10 % der befragten Personen an, dass das Kursprogramm auf ihre Bedürfnisse angepasst ist. Eine gute Erreichbarkeit trifft für 19 % der Befragten zu, was immerhin die Mehrzahl derjenigen ist, welche die Frage beantwortet haben.

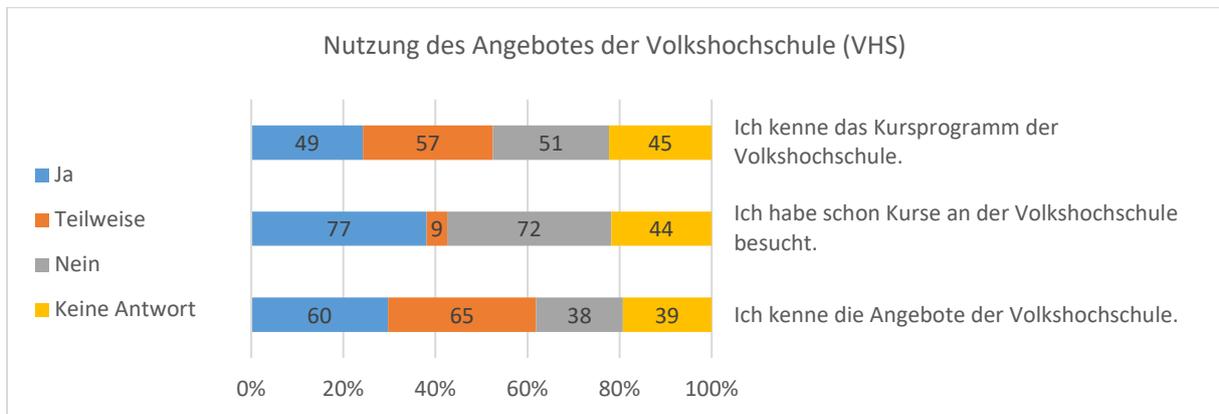


Abbildung 10: Nutzung des Angebotes der Volkshochschule durch die Bevölkerung

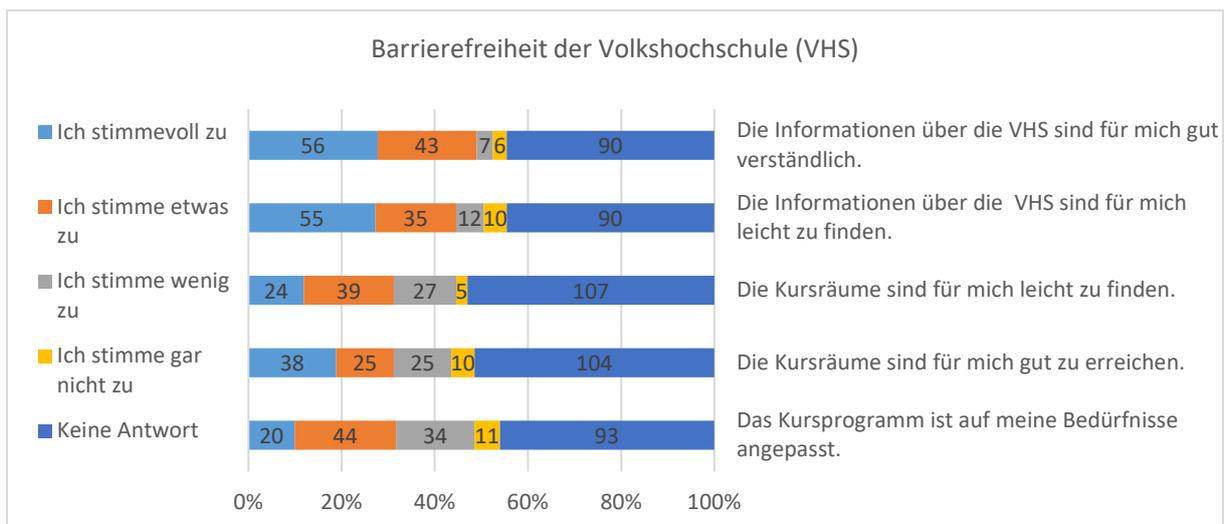


Abbildung 11: Barrierefreie Nutzbarkeit der Volkshochschule

Aus der Analyse der 33 Antworten zur offenen Frage geht hervor, dass sich der vorwiegende Teil der Eltern vor allem mehr Personal und eine bessere Schulung des Lehrpersonals zum

Thema Inklusion wünscht. Kritisiert wurde auch die Zugänglichkeit von Bildungseinrichtungen oder die erschwerte Teilnahme an Elternabenden aufgrund mangelnder barrierefreier Kommunikation. Genauso verhält es sich bei den Angeboten der Volkshochschule. In einzelnen Fällen wurde auf das Fehlen von Hortangeboten für Jugendliche mit Behinderung ab 14 Jahren hingewiesen.

In der qualitativen Auswertung der offenen Frage konnten folgende Kategorien für mögliche Maßnahmen herausgearbeitet werden:

- Kompetenzen von Lehrpersonal
- Personalmangel
- Barrierefreiheit von Bildungseinrichtungen
- Barrierefreie Kommunikation (auf Ebene des Kindes und der Eltern)
- Barrierefreie Angebote der Volkshochschule
- Hortangebot

Tabelle 4: Auswahl der Rückmeldungen aus der offenen Frage

„Für die Inklusion an Schulen müssen alle Lehrer besser geschult werden. Insbesondere das Thema Nachteilsausgleich und barrierefreie Prüfungsgestaltung muss besser werden.“

„mehr Angebote, mehr Personal, größerer Stellenwert in Politik“

„Bilinguale (DGS) Förderung oder gar Betreuung sind Fremdwörter, DGS Kurse für hörende Eltern gehörloser Kinder müssen eingeklagt werden.“

„Viele Schulen sind nicht barrierefrei, so dass die Teilnahme an Elternabenden kaum möglich ist.“

„Vielfätigere(sic!) Kurse mit Möglichkeiten zu Teilhabe. Wenn die Kurse in Schulen stattfinden ist die Teilnahme mit Gehbehinderung meist nicht möglich.“

„Schaffung und ausreichende Finanzierung von Hortplätzen für junge Menschen mit Behinderung ab 14 [...]“

3.5 Handlungsfeld Ämter und Behörden

Fast 56 % der Antwortenden sind nur teilweise mit den Ämtern und Behörden der Stadt Halle (Saale) zufrieden. Gut 18 % sind überhaupt nicht zufrieden. 15,35 % der Befragten gaben an, völlig zufrieden zu sein. Von den Personen, welche auf die Frage zum Hilfebedarf bei der Antragstellung geantwortet haben, braucht die Hälfte entweder in Gänze oder zumindest teilweise Hilfe. Ähnlich verhält es sich mit dem Umgang mit Ämtern und Behörden.

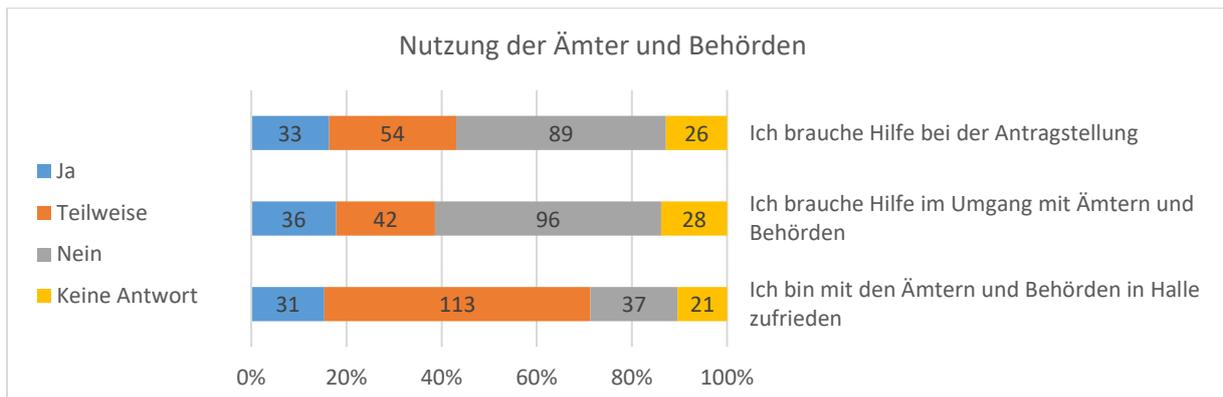


Abbildung 12: Nutzung der Ämter und Behörden durch die Bevölkerung

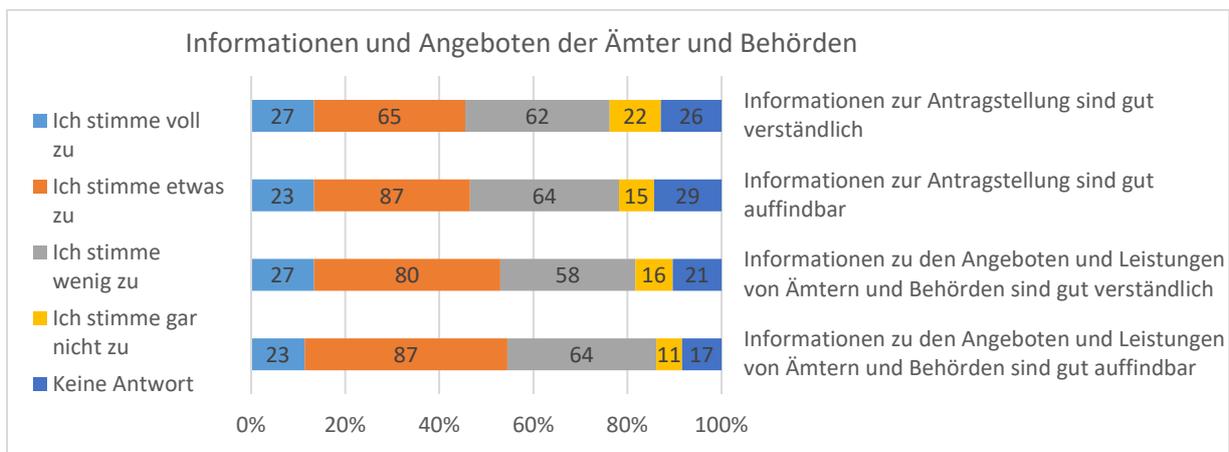


Abbildung 13: Barrierefreiheit von Informationen und Angeboten der Ämter und Behörden

Der Großteil aller befragten Personen gab an, dass Angebote und Leistungen für sie weder verständlich noch gut auffindbar sind. Das Gleiche gilt für Informationen zur Antragstellung. Ihre volle Zustimmung zur Verständlichkeit und Auffindbarkeit gaben lediglich zwischen 11 % und gut 13 % der Antwortenden. Ein Gros der Leute stimmt jedoch eher wenig oder sogar gar nicht zu. Schaut man sich die Gruppe der Menschen mit Behinderung an, die einen Grad der Behinderung von über 50 (n=62) angegeben haben, ergibt sich ein ähnliches Bild. Man kann also von einem generalisierbaren Problem ausgehen.

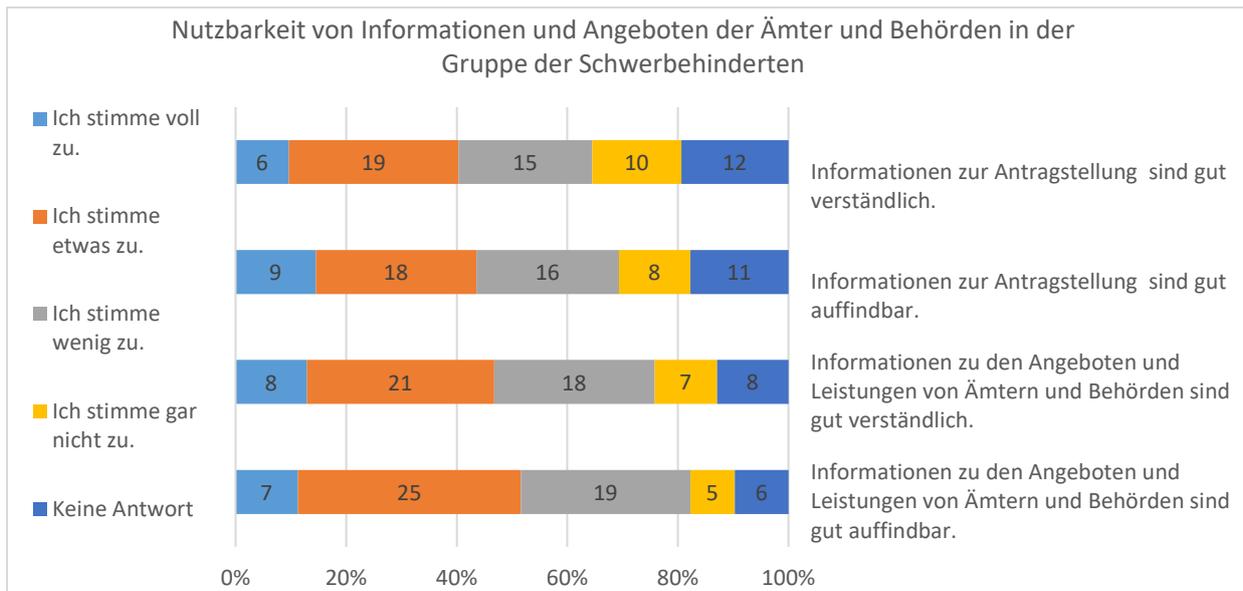


Abbildung 14: Einschätzung der Barrierefreiheit von Informationen und Angeboten der Ämter und Behörden in der Gruppe der Schwerbehinderten (GdB ab 50, n=62)

So geht aus den Bemerkungen in der offenen Frage mit 43 Antworten auch hervor, dass die Menschen vor allem verständliche Informationen und Transparenz zu den Angeboten und Leistungen brauchen. Ein weiterer Aspekt der häufig benannt wurde, sind räumlich-bauliche Barrieren, die den Zugang zu städtischen Gebäuden erschweren. Zudem sollte nach Meinung einiger das Online-Angebot ausgebaut und besser strukturiert werden. Häufig kam auch zur Sprache, dass die Terminvergabe, die Öffnungszeiten oder der Umgang mit Kunden besser gestaltet werden muss.

In der qualitativen Auswertung der offenen Frage zum Thema Bürgerbeteiligung und politische Teilhabe konnten also folgende Kategorien für mögliche Maßnahmen herausgearbeitet werden:

- Antragstellung und Anträge
- Digitale Barrierefreiheit
- Barrierefreie Kommunikation
- Räumliche Barrierefreiheit bzw. Erreichbarkeit
- Transparenz und Information
- Behördenfreundlichkeit
 - Terminvergabe
 - Öffnungszeiten
 - Kundenfreundlichkeit
 - Erreichbarkeit
- Behördenkompetenz

Tabelle 5: Auswahl der Rückmeldungen aus der offenen Frage

<p>„[...] dass die Internetauftritte häufig unübersichtlich sind. Auch sind die vorhandenen Formulare zu umfassend und teilweise umständlich verfasst, sodass nicht immer eindeutig ist, was verlangt wird.“</p> <p>„Vielleicht wären Musterbeispiele für das Ausfüllen von Anträgen möglich. Ist besser als diese Merkblätter.“</p> <p>„Viele Ämter sind im Bereich Barrierefreiheit schwer zugänglich“</p> <p>„Das digitale Angebot kann besser ausgebaut werden und die Formulare und Merkblätter sollten alle barrierefrei gestaltet werden“</p> <p>„Informationen, was ich wo beantragen kann und darf transparenter machen“</p> <p>„Freundlichkeit im Umgang mit KundInnen üben“</p> <p>„Terminvergabe muss besser werden“</p> <p>„Es wird nicht oder nicht umfassend beraten, trotz Beratungspflicht.“</p>

3.6 Handlungsfeld politische Teilhabe und Bürgerbeteiligung

Nur 12 % der Umfrage-Teilnehmenden geben zunächst an, mit den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zufrieden zu sein. Zugleich kennt eine Großzahl von fast 30 % keines der verschiedenen Formate, welche in Halle (Saale) genutzt werden können. Der überwiegende Teil setzt auf die eher passiven Formen der Bürgerbeteiligung wie Petitionen oder Bürgerbegehren.

Danach folgt mit großem Abstand die Teilnahme an einer Bürgerinitiative oder die Nutzung des Online-Portals „Sag’s uns einfach“. Ein kleiner, aber nicht unerheblicher Teil von 12% hat bereits an einer Zukunftswerkstatt teilgenommen. Immerhin 55 Menschen geben an, keines der Formate zu kennen.

Sind Sie mit den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zufrieden?

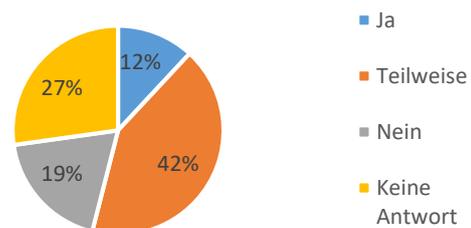


Abbildung 15: Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung

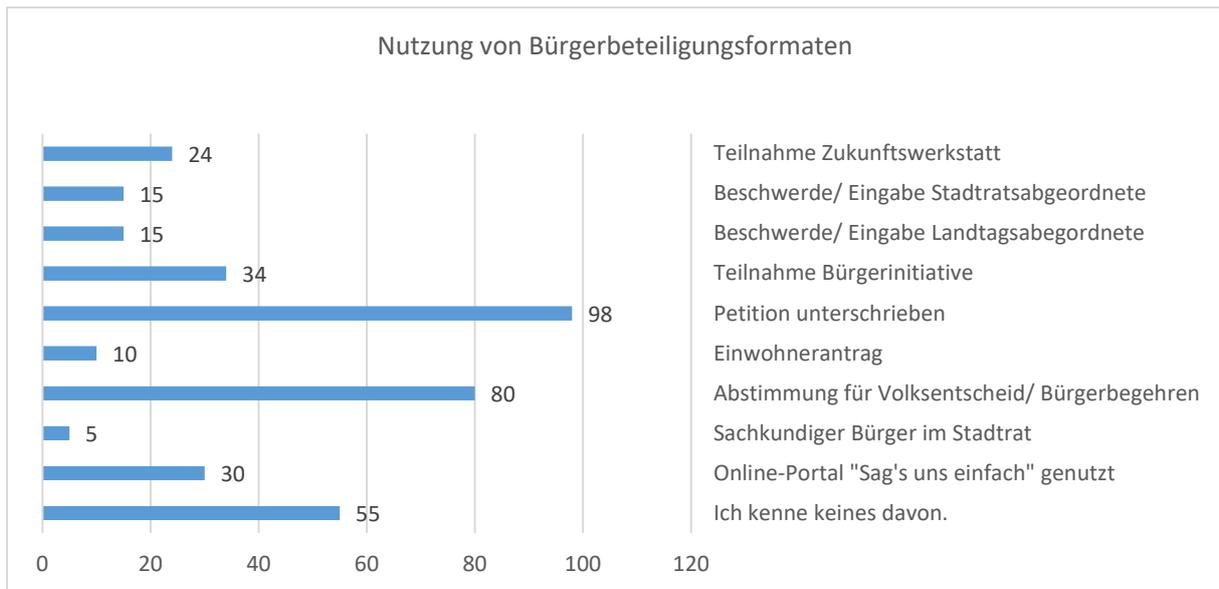


Abbildung 16: Nutzung von Bürgerbeteiligungsformaten (N=202; Mehrfachnennung war möglich)

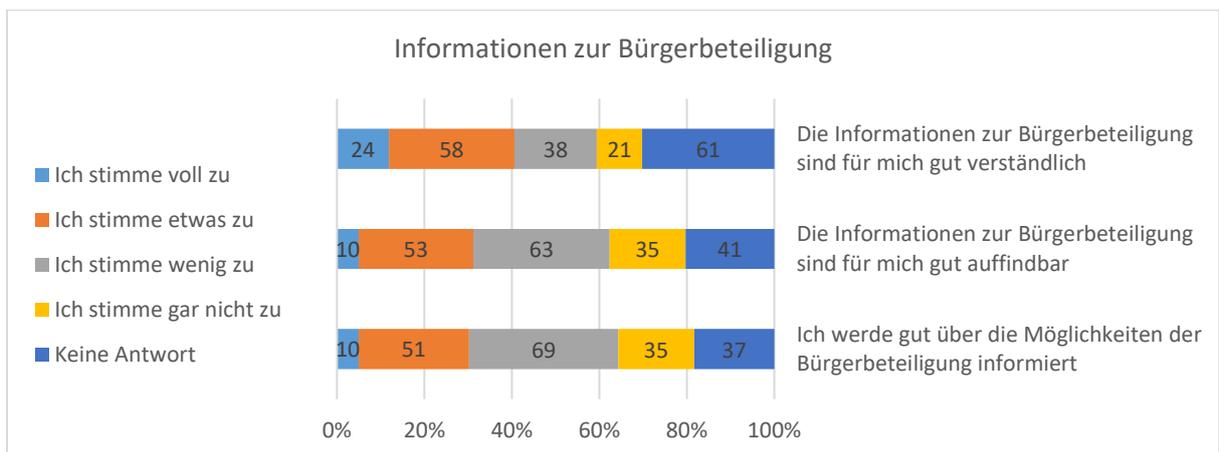


Abbildung 17: Nutzbarkeit von Informationen zur Bürgerbeteiligung durch die Bevölkerung

Fragt man nach der Handhabung von Informationen zur Bürgerbeteiligung, so kann man auch hier feststellen, dass die Informationen für die Nutzer weder auffindbar noch verständlich sind. Nur ein sehr geringer Teil fühlt sich mit voller Zustimmung gut informiert. Über 50% der befragten Leute geben an, wenig oder gar nicht gut über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung informiert zu sein.

Auch in der qualitativen Auswertung der offenen Frage mit 31 Antworten zum Thema Bürgerbeteiligung und politische Teilhabe ergab sich ein klares Bild mangelnder Transparenz und Informationen im Kontext der verschiedenen Beteiligungsformen. Ein sehr großer Teil der antwortenden Personen gab an, sich bessere Informationen oder Aufklärung zu den Beteiligungsverfahren zu wünschen. Ein weiterer Punkt, der häufig angesprochen wurde, ist der Umgang mit Bürgerbeteiligung. In der Wahrnehmung einiger der antwortenden Personen werden Bürger*innen von der Verwaltung als störend empfunden. Es wurde vereinzelt bemängelt, dass Entscheidungen der Verwaltung wenig transparent sind. Insgesamt möchten die Bürger*innen in ihren Bedürfnissen ernster genommen werden. Ein besonderes Hindernis

stellt die Interessenvertretung gegenüber politischen Gremien für Gehörlose aufgrund der Barrieren in der Kommunikation dar. Einige wenige wünschten sich die Stärkung des Quartiersmanagements.

Zum Thema Bürgerbeteiligung und politische Teilhabe konnten also folgende Kategorien für mögliche Maßnahmen herausgearbeitet werden:

- Informationen und Transparenz
- Barrierefreiheit
- Umgang mit Bürgerbeteiligung
- Quartiersmanagement

Tabelle 6: Auswahl der Rückmeldungen aus der offenen Frage

„Ich wusste nicht mal das wir sowas wie eine Zukunftswerkstatt haben. Ich würde mir vielleicht mehr Werbung wünschen dafür, sei es Digital oder Analog.“

„Hier wünsche ich mir mehr Information, wie diese Beteiligungsformen in Anspruch genommen werden können. Ich habe bisher einmal an einer Zukunftswerkstatt unter anderem zum Areal des Solbad Wittekind teilgenommen. Leider habe ich dann nicht erfahren, was aus den Ergebnissen geworden ist und wie es dann weiterging.“

„Die Bürgerbeteiligung in den verschiedenen Formen führt zu einem großen Teil nicht zu einem gewünschten Ergebnis.“

„Als Gerhörlose(sic!) kann ich an keiner Sitzung eines Bürgervereins, einer Partei, einer öffentlichen Fragestunde im Stadtrat oder anderen Vereinigung teilnehmen, da hier nur Lautsprache und keine Gebärdensprache verwandt wird.“

„Das Quartiermanagement müsste gestärkt werden. Hier sind zu wenige Mitarbeiter für zu große Quartiere vorhanden.“

3.7 Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung

Die Umfrage unter den 202 Beteiligten ergab folgende Eckdaten, welche hier nur kurz stichpunktartig dargestellt werden sollen:

- 47,52% (n=96) arbeitet auf dem ersten Arbeitsmarkt
- 10% gehen keiner Tätigkeit nach
- 4% sind geringfügig beschäftigt
- 2,5% machen eine Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder einem Berufsbildungswerk (BBW)
- Ca. 5% gehen einer Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) nach
- Ca. 5% machen etwas Anderes
- Ein ganz geringer Teil von 0,5% arbeitet in einem Inklusionsbetrieb
- 23,76% machten keine Angaben zu ihrem aktuellen Arbeitsverhältnis

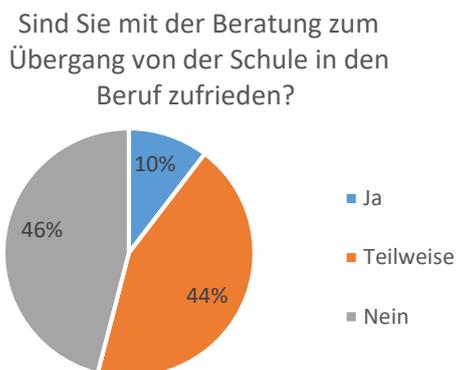


Abbildung 19:
Zufriedenheit mit dem Beratungsangebot
Übergang Schule/ Beruf (n=87)

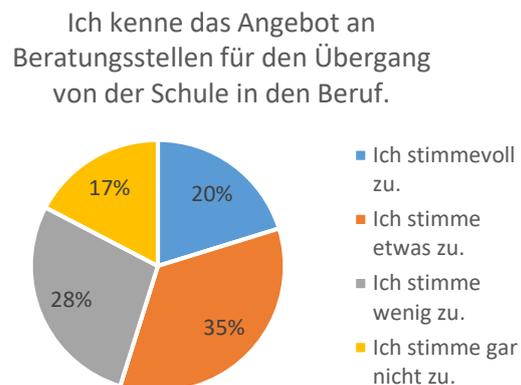


Abbildung 18:
Bekanntheit des Beratungsangebots (n=104)

Auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Berufsberatung antworteten ganze 46%, dass sie nicht zufrieden sind. Demgegenüber steht, dass nur 20% der Antwortenden das Angebot der Beratungsstellen kennen und 28% nur geringfügige bzw. 17% gar keine Kenntnisse dazu haben. Es ist davon auszugehen, dass es auch hier an Transparenz der Informationen fehlt.

In der offenen Frage mit 24 Antworten wurde bei einigen der Wunsch ersichtlich, dass Alternativen zur WfbM geschaffen und Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen besser sensibilisiert werden sollen. Ein weiterer angesprochener Faktor war die barrierefreie Erreichbarkeit der Arbeit. Erwähnung findet auch die Beratung im Kontext Übergang von Schule in den Beruf. Hier werden neben der Beratung von Jugendlichen auch bessere Beratungsmöglichkeiten für Eltern gefordert.

Zum Thema Arbeit und Beschäftigung konnten also folgende Kategorien für mögliche Maßnahmen herausgearbeitet werden:

- Berufsberatung
- Alternativen zur WfbM
- Sensibilisierung von Arbeitgebern
- Erreichbarkeit der Arbeit

Tabelle 7: Auswahl der Rückmeldungen aus der offenen Frage

„Angebote für Menschen mit Beeinträchtigung die daran interessiert sind nicht in Werkstätten zu arbeiten ->explizit bei Firmen, Gastro etc. nachfragen und Katalog an Auswahlmöglichkeiten generieren“

„Mehr Aufklärung und Unterstützung sowie weniger Bürokratie für Arbeitgeber von Menschen mit Behinderung.“

„Zudem muss die Barrierefreiheit noch viel mehr und breiter realisiert werden, so dass der Weg zur Arbeit nicht schon zum Hindernis wird.“

„intensive Betreuungs- und Beratungsangebote von jungen Menschen zwischen Schule und möglicher Ausbildung“

„besseres Beratungsangebot für Eltern schon an der Schule,“

4. Fazit

Die Befragung hat gezeigt, dass in vielen Bereichen noch ein großer Nachholbedarf bezüglich Teilhabe und Barrierefreiheit in der Stadt besteht. Sei es nun im Bereich Mobilität, beim bezahlbaren barrierefreien Wohnraum oder im Behördenbereich – Verbesserungen scheinen überall geboten und von der Bevölkerung gewünscht. In keinem Bereich war eine überwiegende Zufriedenheit feststellbar. Dafür wurden in fast allen Bereichen sehr qualifizierte Verbesserungsbedarfe benannt. Die Antworten auf die offenen Fragen in den einzelnen Handlungsfeldern können so als erste Orientierung dienen, welche Bereiche in der Stadt verändert werden müssen.

Die dargestellten Bedarfe fließen in den neuen Aktionsplan der Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein bzw. werden sich dort widerspiegeln. So sind Ergebnisse dieser Befragung Ansporn und Auftrag für die Stadtverwaltung, Teilhabe und Barrierefreiheit in der Stadt Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter zu verbessern.

Das Örtliche Teilhabemanagement der Stadt Halle (Saale) dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Befragung und allen Unterstützerinnen und Unterstützern.

Impressum

Herausgeber: Stadt Halle (Saale), Der Oberbürgermeister

V.i.S.d.P.: Pressesprecher Drago Bock

Redaktion: Stadt Halle (Saale), Fachbereich Soziales, Örtliches Teilhabemanagement

Titelbild: Stadt Halle (Saale)/ Wolfgang Ziegler

Forschungsdesign: Kristin Meyer (ÖTHM), Antonia Pielok

Auswertung: Kristin Meyer (ÖTHM)

Internet: www.halle.de

Portal für Barrierefreiheit: www.halle-grenzenlos.de

Das Projekt Örtliche Teilhabemanagement der Stadt Halle Saale) wird gefördert vom Land Sachsen-Anhalt und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) der Europäischen Union.

Für die Inhalte des Projektes zuständige Einrichtung:

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt,

Turmschanzenstraße 25, 39114 Magdeburg

Für die Förderung des Projektes zuständige Verwaltungsbehörde:

Ministerium der Finanzen, EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF

Editharing 40, 39108 Magdeburg



HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES.
www.europa.sachsen-anhalt.de